

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1918

284 (21.6.1918) Abendausgabe

Bezugs-Preise:	
Ausg. A ohne "Illustr. Weltchron."	
Ausg. B mit "Illustr. Weltchron."	
In Karlruhe: Ausgabe A	B
Im Verlage abgeholt	1.12 1.32
in d. Zweijahress. 1.25 1.45	
bei ins Haus ge- liefer. 1.25 1.45	
Anwärts: bei Abholung a. Posthalter 1.12 1.38	
Durch Briefträger 1.25 1.57	
Gesamtl. Summe . . . 10 Pf.	
Geschäftsstelle:	
Post- und Lammstr. Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.	

Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.
Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.

Weitaus größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Nr. 284.

Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86.

Karlsruhe, Freitag den 21. Juni 1918.

Telefon: Redaktion Nr. 209.

34. Jahrgang.

Deutscher Heeresbericht.

Englische, französische und amerikanische Angriffe abgeschlagen. Schwere Verluste der Gegner. Neue Übergriffe der Franzosen.

WTB. Grosses Hauptquartier, 21. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind setzt an der ganzen Front heftige Erkundungs- vorstöße fort. Sie werden überall abgewiesen. Nordöstlich von Morris sind nördlich von Albert brechen englische Teile an. Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Feind setzt an der ganzen Front heftige Erkundungs- vorstöße fort. Sie werden überall abgewiesen. Nordöstlich von Morris sind nördlich von Albert brechen englische Teile an. Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Derliche Angriffe der Franzosen südwestlich von Noyon, der Amerikaner nordwestlich von Château-Thierry scheiterten. Franzosen und Amerikaner erlitten hierbei schwere Verluste. Gefangene blieben in unserer Hand. Südwestlich Neims wurden Italiener gesangen.

Die großen, ehemals von Franzosen benutzten deutlich sichtlich gemachten Lazarettaufbauten im Besetzten zwischen Bapaume und Montigny waren in letzter Zeit zweimal das Ziel feindlicher Bombenangriffe.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Die neuen Kämpfe.

o Basel, 21. Juni. (Privatell.) Den "Basl. Nachr." zufolge meldet "Havas" aus Paris: Die Deutschen bombardieren ununterbrochen mit großer Heftigkeit das Dorf Bapaume, das zum Teil in Trümmer liegt. Das Fort Pommelle beschiesst den Feind mit Geschützen schwersten Kalibers.

Eine weitere Pariser Havasnote stellte eine außerordentliche Verschärfung des deutschen Artilleriefeuers zwischen Montdidier und Oise und zwischen der Oise und Marne fest. Die vordersten und rückwärtigen französischen Linien werden fortgesetzt schwer belagert. (g. K.)

o Basel, 21. Juni. (Privatell.) Wie "Havas" aus Paris meldet, halten französische Blätter die zunehmende deutsche Artilleriekraft als Vorläufer neuer Ereignisse. "Echo de Paris" betont, man müsse mit neuen großen Angriffen des Feindes, vermutlich im Raum zwischen Montdidier und Château-Thierry rechnen. (g. K.)

Zum Materialverlust der Entente im Westen.

WTB. Berlin, 21. Juni. (Nicht amtlich.) Wie hoch sich der Materialverlust der Entente im Westen in den Monaten März bis Juni beläuft, geht aus folgender unvollständiger Zusammenstellung hervor. An der Nationalstraße St. Quentin-Paris erbeuteten die Deutschen 5 ausgedehnte Munitionslager, in Vosnoires rollendes Material mit allein 20 Feldbahnwagen und Lokomotiven. In Ham, Roncq und Rone große Depots aller Art.

Bei Fores-en-Ardennes große Parks mit aller Art Erzaehler. Außerdem Munitionsparks von riesiger Ausdehnung, Bekleidungs- und Wuristungsmagazine und Verpflegungsdepots. Auf dem dortigen Güterbahnhof nahmen wir vollbeladene Züge. In demselben Ort ein Munitionslager mit 1/2 Million Schuß Artillerie-Munition, dazu die Depots mit Gasmasken und Handgranaten, Minen, Kohlen und Brennstoffen.

Bei Fismes gelangten wir in den Besitz von zahlreichem Eisenbahnmaterial, Munitionen und Proviantmengen, sowie einer vollständig unversehrten Barakendstadt. Westlich von Fismes fanden die Deutschen zwischen Chery und Mareuil ausgedehnte Feldlager, in denen wurden reiche Provisionslager und beladene Züge vorliegen. Bei Magneux ein völlig ausgerichteter Flugplatz mit 13 Hangars und 20 fliegertigen Apparaten mit allem dazugehörigen Material. Im Schloss Courville fiel ein riesiges Lazarett mit vielen Hundert Betten in die Hände der Deutschen.

Zur Räumung von Paris.

WTB. Bern, 20. Juni. (Nicht amtlich.) "Petit Journal" berichtet, daß die Paris verlassenen Züge sich überschütteln. Auf den Bahnhöfen herrsche ein ungeheuerlicher Andrang. Das Publikum müsse an den Bahnhofschaltern stundenlang stehen und warte wegen der Bürokratischen Formalitäten, die mangels genügender Organisation schlecht funktionieren ungeheuer viel Zeit. In der Provinz herrsche ebenfalls eine große Wohnungsnot und eine schamlose Preistreiberei mit den Mietpreisen. Eine schändige Dachwohnung kostet 10 bis 12 Frs. Die Bevölkerung nützt die Pariser und die zahlreichen amerikanischen Soldaten bis aufs Blut aus.

Der "Temps" beschäftigt sich gleichfalls mit dem Abtransport der Pariser Bevölkerung, die Hab und Gut in Sicherheit bringen wolle. Das Blatt verlangt, daß die Abbeförderung von 150 000 Personen täglich für den Fall einer Gefahr vorbereitet werde, während gegenwärtig nur 20 000 Personen die Hauptstadt verlassen könnten. Glücklicherweise sei man noch nicht so weit, doch müsse man auf die Entfernung aller unmöglichen Ester und Flämmacher sehn. Den Automobilbesitzer sollte es gestattet sein, Paris mit dem Automobil zu verlassen.

Die Verteidigung von Paris.

o Basel, 21. Juni. (Privatell.) Den "Basl. Nachr." zufolge meldet "Havas" aus Paris: Der neue Gouverneur von Paris, General Guillaumat, sprach einem Vertreter des "Excelsior" gegenüber sein unerschütterliches Vertrauen auf Foch und Pe-

tain aus. Beiden würde in erster Linie die Verteidigung von Paris zufallen, die großzügig organisiert sei. Seine eigene Aussage bestärkt sich darauf, die wesentlichen Maßnahmen zu treffen, die die Klugheit verlange. (g. K.)

WTB. Bern, 21. Juni. Nach dem "Pens" hat die Bildung eines Verteidigungskomitees nicht zur Verbesserung der Stimmung beigebracht. Man kann mit Erfahrung mehr, daß nach 4 Kriegsjahren die Verteidigung der Stadt Paris noch nicht verwirklicht sei.

o Zürich, 21. Juni. (Privatell.) Die "Zürch. Post" meldet aus Paris: Der Verteidigungsausschuss beschloß die Bewaffnung der 200 000 Arbeiter von Paris, sowie die Errichtung umfangreicher Schuhengräben rings um die Stadt. In Paris zweifelt zurzeit niemand mehr, daß es jetzt um das Herz des Landes geht. Die Blätter wollen beruhigen und bemühen sich, die Massenauswanderungen aus Paris als den Beginn der Sommerferien darzustellen. (g. K.)

Zum letzten Lustangriff auf Paris.

WTB. Bern, 21. Juni. (Nicht amtlich.) Laut "Petit Parisien" wurde bei dem Fliegerangriff auf Paris in der Nacht von Samstag auf Sonntag schwerer Schaden angerichtet. Eine Fabrik, die sehr viele Arbeiter beschäftigt wurde durch eine Bombe sehr schwer beschädigt. Einzelheiten dürfen nicht bekannt gegeben werden.

Vom Fliegerangriff auf Calais.

o Zürich, 21. Juni. (Privatell.) Laut "Zürch. Post" meldet "Petit Calaisien": Am Montag fand die Beerdigung von 150 Opfern eines wenige Tage zuvor auf Calais stattgefundene Fliegerangriffs statt. Unter den Opfern befinden sich zwei ganze Familien, eine aus den Eltern mit 7 Kindern und eine aus fünf Personen bestehend. (g. K.)

Die Erschöpfung der französischen Truppen.

WTB. Berlin, 19. Juni. Aus den Briefen französischer Soldaten geht die tiefe Erschöpfung der Truppe und ihre außerordentliche Kriegsduldigkeit immer zweifelsfrei hervor. Ein Angehöriger des Infanterie-Regiments 34 schreibt am 13. Mai: Uns war Ruhe versprochen. Man hat uns wieder einmal getäuscht, es ist eben eine Lüge mehr. Unsere Verluste sind wieder sehr hoch. Ich bin der einzige Unverwundete in meiner Gruppe, die 6 Tote und einen Verwundeten hat. Wir sind so erschöpft, daß unsere Verwundeten ja alle sterben.

Ein anderer schreibt: Diese Offensive ist traurig und zu demoralisierend. Ich glaube, die Deutschen erreichen alles, was sie wollen. Wir erinnern das Kriegerende, um in Ruhe zu leben.

Die amerikanischen Verluste.

WTB. Washington, 21. Juni. (Nicht amtlich.) Meldung des Reuter-Büros. Die Gesamtverluste der Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten betragen bisher 8178 Tote, Verwundete und Vermisste.

Der Krieg mit Italien.

Zum Vordringen der Österreicher.

o Zürich, 21. Juni. (Privatell.) Der Londoner Sonderberichterstatter der "Zürch. Post" meldet: Die englischen Frontkorrespondenten in Italien berichten in ihren Blättern, daß die Österreicher nicht weniger als 7500 Geschütze aller Kaliber in Tätigkeit treten ließen. Die österreichischen Truppen schlugen sich mit verzweifelter Kraft und wurden von einer Überfülle von Kriegsmaterial unterstützt. Die Befehle lauteten, um jeden Preis vorzudringen und die österreichisch-ungarischen Truppen bemühen sich auch, ihnen nachzukommen, doch seien die gesteckten Ziele bei weitem noch nicht erreicht. Bemerkenswert sei, daß die gesunkenen Österreicher keinerlei Spuren von schlechter Ernährung zeigten. (g. K.)

o St. Gallen, 21. Juni. (Privatell.) Das "St. Galler Tagblatt" meldet: Die angreifenden Österreicher haben bis heute den größten Teil des Montello-Hügels in ihre Hand gebracht. Südlich des Montello vermöchten sie die Italiener 7 Kilometer von der Piave zurückzudrängen. Die österreichischen Hauptstreitkräfte ziehen augenblicklich nach italienischem Zustand bei St. Andrea, das nur mehr knapp 10 Kilometer von Treviso entfernt ist. Treviso selbst liegt schon von mehreren Seiten her unter schwerem und leichtem österreichischen Feuer.

Die Italiener nähern sich namentlich vom Norden her bedrohlich der Stadt. (g. K.)

Zur Sturmattacke der Italiener.

Sch. Berlin, 21. Juni. (Privatell.) Das "Berl. Tageblatt" meldet: Das erbitterte Ringen an der italienischen Langen Schlachtfestfront dauert auch am 5. Tag an. Ohne die Entwicklung der weiteren Operationen abzuwarten, rennen die Italiener im Ajago-Plateau und gegen den Montello-Hügel seit 3 Tagen an. General Diaz schlägt ganze Regimenter zum Sturm vor, die sich ergebnislos verbüßen, ohne die eroberten Stellungen der österreichisch-ungarischen Truppen an irgend einer Stelle zu durchbrechen. Die Schlacht an der Südfront läuft erst in den nächsten Tagen ihren Höhepunkt erreichen, da es sich dann zeigen wird, ob die Italiener die Taktik des wütenden Ansturmens und des planlosen Einstechens der Reserven auf die Dauer anhalten werden. (g. K.)

o St. Gallen, 21. Juni. (Privatell.) Der militärische Mitarbeiter des "St. Galler Tagblatts" schreibt: Der italienische Jubel ist nicht begreiflich. Objektive Beurteilung der Lage müssen diese für die Italiener als durchaus ernst bezeichnen und sie muß von Stunde zu Stunde für diese ernster werden, nachdem es den Italiener nicht mehr gelungen ist, die beiden österreichischen Hauptarmeen über die Piave zurückzuwerfen.

Eigenamt und Verlag von Ferdinand Thiergarten. Herausgeber: Albert Herzog. Verantwortlich für den Textteil: Anton Adolph; für den Angebots- und Anzeigen-Teil: U. Anderspacher, sämtl. in Karlruhe i. W. Berliner Vertretung: Berlin W 10

Anzeigen:

Die Saalplat. Holzdecke 30 Pf. Die Reklamezeile 1 Mt., Reklamen an 1. Stelle 125 Mt., die Zeile, außerdem 20% Steuerungszuschlag. Bei Werbeträumen täglicher Radau, der die Abschaltung des Brieles bei gerichtlichen Verhandlungen und bei Konflikten anderer Art hin.

Festschr. Seite: Karlsruhe Nr. 8839.

Da überdies noch bei weitem nicht alle österreichischen Kräfte, die zum Angriff verfügbare sind, eingesetzt sind und ein Durchbruch der Österreicher in der Ebene die Gebirgsstellungen der Italiener unhalbar macht, so dürfen den leichten als bisherigen Erfolge im Gruppegebiete nichts nützen. (g. K.)

Venedig soll verteidigt werden.

Sch. Wien, 21. Juni. (Privatell.) Die Blätter von gestern berichten aus Triest: Der "Secolo" meldet aus Rom: Für den Fall einer Bedrohung Venedigs ist die Verteidigung der Stadt Venedig organisiert worden. Eine Kampflosigkeit Räumung Venedigs sei nicht befürchtigt. (g. K.)

Ergebnisse zur See.

WTB. Amsterdam, 20. Juni. Ein hiesiges Blatt meldet aus Rotterdam, daß der holländische Dampfer "Alear" (2551 B.R.T.) bei Halifax gestrandet ist. Dieser Dampfer gehörte zu den von Amerika requirierten Schiffen.

Der U-Boot- und Minen-Krieg.

WTB. Amsterdam, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Der niederrändische Dampfer "Kieldrecht" (1284 B.R.T.), der von der englischen Regierung requiriert worden war, ist auf eine Mine gelaufen und gesunken.

WTB. Rotterdam, 19. Juni. (Nicht amtlich.) Der englische Dampfer "Hornet Bridge" (2420 B.R.T.), 1918 gebaut, von Liverpool nach Dakar unterwegs, wurde 200 Seemeilen von Kap Vincent versenkt. 28 Mann der Besatzung sind vor einem spanischen Schoner in das Palms gelandet.

Der italienische Segler "Santa Theresa" (257 B.R.T.) von Malaga nach Genua unterwegs, ist bei Kap Sardinia versenkt worden. Das Kapitän wurde gefangen genommen. Der Rest der Besatzung in Almeria gelandet. Der in Dakar beheimatete Segler "Admiral Vernon" (178 B.R.T.) von Dakar nach Marseille unterwegs, wurde versenkt. Die Besatzung ist in Amerika gelandet.

WTB. Bern, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Nach Mitteilung des "Giornale d'Italia" ist der italienische Dampfer "Marconelli" am 30. Mai torpediert worden.

Ein feindlicher Transporter versenkt.

WTB. Paris, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Agence Havas. Der Transportdampfer "Sante Anna", der unter Bedeutung von Bierta nach Malta fuhr und Soldaten und eingeborene Arbeiter an Bord hatte, wurde in der Nacht zum 11. Juni, ohne daß ein Feind bemerkte worden war, torpediert und versenkt. Von den 2150 an Bord befindlichen Personen wurden 1513 gerettet.

Weitere U-Boots-Erfolge.

WTB. Berlin, 20. Juni. (Amtlich.) Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants Middendorf stehende U-Boot versenkt vor dem Westausgang des Kanals und an der englischen Westküste vier Dampfer mit zusammen

19 000 Bruttoregistertonnen.

Von ihnen wurde ein wertvoller 8000 B.R.T. großer Dampfer aus einem einlaufenden sehr stark gesicherten Geleitzug herausgeschossen. Sämtliche Schiffe waren beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Aus dem neuen Russland.

Zu den ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen.

WTB. Kiew, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Die letzten Sitzungen der ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen galten noch weiter den Grenzfragen. Die Ukrainer bestanden auf Anerkennung der Krim als Bestandteil des ukrainischen Staates. Die Russen schlugen dagegen als Kompromiß die Entscheidung der Frage durch ein Referendum der Krimbevölkerung vor.

Das Krimkabinett.

= Kiew, 21. Juni. Ein Telegramm aus Odessa besagt: "Poslednija Novosti" meldet, daß das Krimkabinett in folgender Weise gebildet ist: Sultewitsch: Botschafter; Krieg: Marschall; Kelder: Unterricht; Biemann: Vertrieb; Fürst Colligan: Landwirtschaft; der ehemalige Direktor der Moskauer Unionsbank. Graf Tschitschow: Finanzen; der ehemalige Botschafter in Konstantinopel, Scharylow: Außen; Kapiton Gendre: Marine.

Finnland wird Monarchie.

Sch. Copenhagen, 21. Juni. (Privatell.) Nach einem Telegramm aus Helsinki hat sich der Verf

Badische Chronik.

Karlsruhe, 21. Juni. Die für Getreide festgelegten Höchstpreise erhöhen sich, wenn die Ablieferung erfolgt vor dem 16. Juli um eine Drachsprämie von 120 Mark für die Tonne, vor dem 1. August um eine Drachsprämie von 100 Mark für die Tonne, vor dem 16. August um eine Drachsprämie von 80 Mark für die Tonne, vor dem 1. September um eine Drachsprämie von 60 Mark für die Tonne, vor dem 16. September um eine Drachsprämie von 40 Mark für die Tonne, vor dem 1. Oktober um eine Drachsprämie von 20 Mark für die Tonne. Die Befreiung findet keine Anwendung auf Hafer und Mais. Die Festsetzung von Drachsprämen für Hafer erfolgt durch besondere Verordnung.

Aus Baden, 21. Juni. Für Getreide, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1912 wurden die nachstehenden Höchstpreise festgesetzt. Der Preis für die Tonne Roggen darf nicht übersteigen in Mainzheim 315 Mark. Der Höchstpreis für die Tonne Weizen, Spelta (Dinkel, Fesen), Emmer, Einkorn ist 20 Mark höher als der Höchstpreis für Roggen. Der Preis für die Tonne der nachstehenden Früchte darf nicht übersteigen bei Hafer und Gerste 300 Mark, Mais (Weißmais, südl. Weizen, Kukurn) 450 Mark, ungeschältem Buchweizen 600 Mark, geschältem Buchweizen 800 Mark, wilder Buchweizen (Bodensee, Eiseler Buchweizen) 500 Mark, ungeschälter Hirse 600 Mark, geschälter Hirse und Brachhirse 970 Mark.

In Waldkirch, 20. Juni. Die Wallfahrtzeit schloß am letzten Sonntag. Es kamen mehr Pilger an, als im letzten Jahre. In den 3 Wochen der Wallfahrtzeit wurden über 26000 Kommunionen ausgetragen. Manche der Pilger mußten die Nachstunden auf Bänken und Stühlen zutragen.

Freiheit bei Kehl, 21. Juni. Bei der Durchführung eines heiligen landwirtschaftlichen Anwesens fand man unter Stroh versteckt 22 Pfund Speck und etwa drei Zentner Fleisch. Der Fleischer stammte von einer heimlichen Haushaltung. Der Landwirt wurde mit 150 Mark bestraft.

+ Konstanz, 21. Juni. Die Schweiz soll jetzt von den für den Austausch bestimmten deutschen Offizieren und Mannschaften geräumt werden. Da die Räumung der Schweiz vor insgesamt 5000 Mann noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, wird laut "Konst. Ztg." der schweizerischen Blättern gemeldet große Austausch von insgesamt 180000 Mann hier nicht vor Ende Juli erwartet.

Badischer Landtag.

21. Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Karlsruhe, 21. Juni. Präsident Prinz Max eröffnete um 10 Uhr 15 Minuten die Sitzung. Exz. Ewald beantragt, das Haus wolle beschließen, daß jetzt noch einlaufende Petitionen nicht mehr behandelt werden sollen. Der Antrag wird angenommen.

Geh. Kommerzienrat Engelhardt berichtet über die Petition des Centralverbandes deutscher Konsumvereine in Hamburg um Beleidigung der Konsumgenossenschaften in öffentlichen und rechtlichen Interessenvertretungen. Der Centralverband will eine Vertretung der Verbraucher in den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen. Er denkt dabei vor allem an die Handelskammer und weiß daran hin, daß er selbst ausgedehnten Handel treibe, aber keine geeignete Vertretung finden könne. Er will, daß durch einen besonderen Gesetz ihm eine dauernde Vertretung gewährt werde, die nicht abhängig ist von einer Wahlmechanik. Die Gr. Regierung erkennt die große soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine an. Die Wünsche der darin zusammengefaßten Mitglieder laufen aber verschieden. Die Aufgabe der Handelskammer sei über eine einheitlich abgegrenzte, andere, nämlich die Interessen des Handels wahrzunehmen. In einer solche Vertretung passe eine andere, vielleicht sogar entgegengesetzte gerichtete Vertretung nicht. Die Kommission billigt die Grundzüge der Regierung. Die Handelskammer steht auf dem Standpunkt, die Verbraucher haben außerhalb der Handelskammer, insbesondere in der Presse, im Landtag und Reichstag, wo man den Verbrauchern im allgemeinen günstiger gesellt ist, hinreichend Gelegenheit, ihre Interessen wahrzunehmen. Der Ausschluß wählt eine Durchbrechung des Handelskammerwahlschreits nicht. Es ist nicht richtig, daß in den Handelskammern die Verbraucherinteressen nicht zur Geltung kommen. Die Handelskammermitglieder sind nicht nur Selbstbraucher, sondern müssen auch für ihre Angehörigen und Arbeiter besorgt sein, daß die Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht zu hoch werden, weil davon die Löhne und davon wieder die Konkurrenzfähigkeit abhängt. Aus diesen Gründen beantragt der Ausschluß, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag wird angenommen. Exz. v. Menzingen berichtet über den Antrag Aufer, welcher die Vorlegung eines Gesetzentwurfs verlangt, in welchen ein Berbot der Errichtung von Stammgütern ausgesprochen wird. Die Regierung hält beide Anträge für überflüssig, da die Errichtung von Stammgütern ein Recht der Krone sei. Die Kommission beantragt, es abzulehnen, dem Antrag beizutreten. Der Antrag wird angenommen.

Oberbürgermeister Hermann berichtet über das provisorische Gesetz betreffend Nutzungsleistungen und den Gehölzabzug. Das Gesetz hat das Haus schon einmal beschäftigt. Dabei wurden Artikel 1 und 2 abgelehnt und der Termin für die Auferstreichung des Gesetzes abgeändert. In letzterem Punkte stimmt die Zweite Kammer zu, steht aber Artikel 1 und 2 wieder her. Deshalb muß sich das Haus nochmals mit der Sache beschäftigen. Die in der Zweiten Kammer geltend gemachten Gründe kommen dem Ausschluß von dem Bedürfnis der beiden Artikel nicht überzeugend vor. Die Fassung ist unzureichend. Trotzdem beschloß der Ausschluß, der Zweite Kammer beizutreten, ob es sich nicht um eine höchstehende Sache handelt und das Gesetz nicht scheitern sollte. Der Ausschluß beantragt daher, die Fassung der Zweiten Kammer leitzen zu lassen.

Exz. v. Menzingen: Der Berichterstatter hat die Meinung des Ausschusses dargelegt; ich und einige andere Mitglieder könnten aber dem Antrag nicht zustimmen. In Artikel 1 wird eine überflüssige Maßnahme getroffen. Artikel 2 bedeutet einen Eingriff in wohlverworrene Rechte. Der Gesetzentwurf wird mit allen acht 8 Stimmen angenommen.

Oberbürgermeister Habermehl berichtet über die Mitteilung des Finanzministeriums über die Errichtung einiger weiterer Gemeinden in einer höheren Ortsklasse des Wohnungsgesetzes, nämlich Wüsten, Steinbach bei Mühl, Bonndorf, Weil und Hafingen. Der Ausschluß beantragt die Maßnahme der Regierung für unbeständige zu erklären. Der Antrag wird angenommen.

Oberbürgermeister Habermehl berichtet ferner über die Petition des Bezirkvereins Boden im deutschen Fleischerverbande um Neuregelung der Höchstpreise für Fleisch und Wurst. Die Petenten machen geltend, daß sie bei den geltenden Preisen nicht bestehen können; sie berechnen für Mindestfleisch einen Preis von 2.35 Mark, wovon aber die Nebengefälle abzuziehen sind, mit 35 Pf. sodass der Preis pro Pfund von 1.90 Mark auf 2 Mark stehen müsse. Die Regierung macht geltend, daß die Preise nach den Einstandspreisen berechnet wurden unter Zugabe von Sachverständigen und unter Voraussetzung eines Verdienstes für den Meister. Der Meister muß eines anstreben, nicht ihn bleibt ein Verdienst beim Fleischerei. Auf Norddeutschland dürfe man nicht verweilen, weil dort allgemein erst der Großküche und dann der Kleinküche zu befriedigen sind; während bei uns der Kleinmeister den Kunden allein habe. Bei Hammelfleisch verlangen die Meister eine Erhöhung von 2 Mark auf 2.20 Mark. Die Regierung macht geltend, daß der Einstandspreis gesenkt, die Zahl der Hammelfleischlager gering sei. Bei Wurst verlangen sie eine Erhöhung von 20 Pf. pro Pfund, weil auch in Norddeutschland mehr gebraten wird und die Herstellung von Speckwurst gestaltet sei. Ein niedriger Wurstpreis hat allerdings die Gefahr, daß sie schlechter wird, daß die Meister mehr Wasser nehmen. Um der Schwierigkeit zu begegnen, daß geringere Wurst gemacht, diese aber als feines verkauft wird, hat die Regierung nur noch eine Qualität vorgeschrieben und den Preis von 1.90 Mark auf 1.90 Mark erhöht. Die Regierung erklärt eine Menge von Fleisch- und Wurstpreisen jetzt nicht auszagen zu können, doch sie aber die Sache im Auge behalten, und wenn nötig, von sich aus eine Erhöhung vornehmen werde. Der Ausschluß beantragt die Beifall der Regierung zur Maßnahme zu überlassen.

Gesundheitsrat: Der Meisterstand leidet heute sehr und kommt noch in schwierigere Lage, wenn die Fleischaufzehrung noch kleiner wird.

Es sind also keine Übertreibungen, was die Petition geltend macht; er stimme dem Antrag zu. Der Antrag wird angenommen.

Geh. Rat Dr. Glöckner berichtet über den Gesetzentwurf betr. Kriegszuschläge zu den Gehütern des Kosten- und Verwaltungsgebührengeiges. Der Ausschluß beantragt Zustimmung zu dem Gesetz und Überweisung mit dem andern Haus. Der Gesetzentwurf wird einstimmig angenommen.

Geh. Rat Dr. Glöckner berichtet über den Gesetzentwurf betr. die Fürsorgeerziehung. Eine große Zahl von jungen Leuten werden durch die Zwangsreiseziehung gereitet. Die 2. Kammer hat dem Gesetzentwurf zugestimmt mit der Aenderung, daß die Bezirksämter zwar wie Staatsammler und Jugendamt zur Stellung von Anträgen auch zur Fürsorgeerziehung, aber nicht zur Stellung von Anträgen auf Aufhebung der Fürsorgeerziehung berechtigt sein sollen.

Zahl der Jugendlichen, die vom Jugendamt abgewiesen wurden, liegt von 1913 bis 1917 von 613 auf 943, davon männlich 510 bzw. 808; Gefängnisstrafen erhielten 353 bzw. 592. Durch das Gesetz soll das Vermögensstrafgericht allein anstelle der Polizeibehörden die Zuständigkeit zum Vollzug der Fürsorgeerziehung erhalten. Das Bezirksamt hat infolge seiner Tätigkeit Einblick in die Verhältnisse der Fürsorgeerziehung nötig, es soll deshalb auch weiter das Recht auf Antragstellung auf Fürsorgeerziehung haben; außerdem sollen auch die Staatsanwaltschaft und Jugendämter dieses Recht haben.

Eingehend wurde im Ausschluß die Frage erörtert, ob auch das Jugendamt dieses Recht haben soll. Nach Auffassung der Regierung und des Ausschusses soll nur die Jugendämter in Karlsruhe und Mannheim dieses Recht haben, sondern alle diese Aufgaben in den Gemeinden erfüllenden Organisationen. Die 2. Kammer hat die Bezeichnung der Bezirksämter zur Antragstellung betr. den Vollzug geärgert. Die Armeenverbände erhalten kein Antragsrecht. Der Ausschluß beantragt, dem Gesetzentwurf in der Fassung der 2. Kammer zugestimmt zu werden.

Ausschussmitglied Dr. Düringer gibt seiner Freude Ausdruck, daß der Gesetzentwurf im Ausschluß als entschiedener Fortschritt begrüßt worden ist. — Nach kurzen Ausführungen des Prälaten Schmittbrenner wurde der Gesetzentwurf angenommen. — Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung nachmittags 1/2 Uhr.

63. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Karlsruhe, 21. Juni. Präsident Kopf eröffnete um 1/2 Uhr die Sitzung.

Gesetzentwürfe.

Namens des Justizausschusses berichtete Abg. Schirmeister (Zentr.) über den Gesetzentwurf betreffend die Ergänzung des Verwaltungsführungsgeges. Nach dem Entwurf soll in das Gesetz im 25 folgender Absatz eingeschoben werden: „Durch Verordnung des zuständigen Ministeriums können im Benehmen mit dem Ministerium der Finanzen für behördliche Entscheidungen, welche in der Regelung des Reiches begründet sind, weitere Taten eingefügt werden.“

Die betreffenden Verordnungen sind dem nächsten Landtag vorzulegen.“ Das Gesetz fand ohne Debatte einstimmige Annahme.

Im Auftrag desselben Ausschusses berichtete Abg. Nölke (Zentr.) über das provisorische Gesetz vom 27. November 1917 betreffend die Fürsorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte und deren Hinterbliebenen und in Verbindung damit über die Petition der Gemeinderechner. Die Erste Kammer hatte einige Aenderungen in dem provisorischen Gesetz vorgenommen und eine Entschließung gefaßt, in welcher die Regierung erachtet wird, die Gesetzesvorlage über die Änderung des Fürsorgegesetzes zu beschleunigen und darin insbesondere eine Bestimmung anzunehmen, nach der die künftig getroffenen Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitshaltungsvergewisserung und der Hinterbliebenenversorgung rückwärts Anwendung finden, als nach dem 1. Januar 1917 eingetretenen Fälle der Zurückziehung und der Gewährung von Hinterbliebenenbezügen. Der Berichterstatter stellt den Antrag, dem provvisorischen Gesetz mit den Abänderungen, an denen der Erste Kammer zustimmen zu wollen.

Abg. Schirmeister (Zentr.) begrüßte das Gesetz, das in den betreffenden Kreisen mit Freude angenommen wurde. Das Gesetz fand einstimmige Annahme. Der Entschließung der Ersten Kammer wurde zugestimmt.

Danach berichtete Abg. Wiedemann (Zentr.) im Auftrage des Justizausschusses über den Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Hagelversicherung. Nach dem Gesetz soll eine Erhöhung um 10% (von 50 auf 60%) erfolgen. Das Gesetz soll vom 1. Januar 1919 in Kraft treten; es fand einstimmige Annahme.

Deutschland über wirtschaftliche Kriegssachen zu nehmen.

Die Beratung über den 10. Abschnitt der Regierungsdienstschrift betreffend die Lebens- und Futtermittelversorgung wurde hierauf fortgesetzt.

Abg. Mast (Zentr.) begründet die damit im Zusammenhang stehende Interpellation (unterstrichen von Abgeordneten des Zentrums und der Nationalliberalen) über die Errichtung der Wiedereinträge in St. Georgen im Breisgau durch die Militärverwaltung und über die teilweise bezahlten zu niederen Preise.

Staatsminister v. Bodman bemerkte in der Beantwortung der Interpellation die Militärbehörde habe in dem Fall St. Georgen aufgrund des Kriegsgefeiges gehandelt, zumal es für sie eine dringende Notwendigkeit war, die Wiesen bei St. Georgen für das Pferdefazettat in Anspruch zu nehmen. Die Würde der Landwirte sind im Armeeoberkommando vorgetragen worden und dieses hat für fünfjährige Fällen eingegangen. Der Wunsch des Einwohners von St. Georgen für ein Jahr einen Preis von 11 Mark zu erhalten, ist ebenfalls dem Armee-Oberkommando zugegangen.

Präsident Kopf: Zu der Dienstfahrt haben sich noch 18 Redner zum Wort gemeldet. Der Ausschluß der Vertrauensmänner hat nur abgeschlossen, um die Beratung der Dienstfahrt noch heute zu Ende zu führen, daß nur noch 6 Redner sprechen sollen. Ich frage, ob das Haus damit einverstanden ist. — Die Abg. Spang (Ztr.) und Massa (F. B.) erheben dagegen Einspruch. — Es wird beschlossen, daß vorläufig die sechs Redner sprechen sollen.

Staatsminister v. Bodman dankte dem Berichterstatter Abg. Körber für seinen sachlichen Bericht und beharrt dann eingehend die Tätigkeit und Zusammensetzung der Kommunalverbände. Diese könnten sich nicht darüber beschweren, daß sie von der Regierung zu kurz angefaßt würden. Von verschiedenen Rednern ist die Geschäftsführung der Kommunalverbände als sachlich anerkannt worden. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Württemberg. Über die gelernte Abhandlung hat der Staatsminister wiedergeholt, daß der Körber nicht besonders die Ernährungsfragen zu untersuchen habe, sondern die Körperschaften zu unterstützen, um die Körperschaften zu fördern. Das hat mich gefreut, denn meine Körperschaft ist z. T. so viel geschlossen, wie der Kommunalverband. Es ist aber beachtend worden, daß die Kommunalverbände zu viel Vermögen anfangen und heimlich arbeiten. Nun, daß die Betriebe der Vermögenssammlungen nicht sehr erheblich sind, ist bereits festgestellt und ebenso besteht Klartext darüber, woher die Anfangsmitteln kommen, die nur zur Verbesserung der Lebensmittel verwendet werden dürfen. Beurteilt wurde, daß die Kommunalverbände keine offizielle Rechnung ablegen; ich erkenne diese Beschwerde an, und werde für Abhilfe sorgen. Im folgenden erörterte der Staatsminister die Verhältnisse im Kommunalverband Wü

